

Bundesministerium der Justiz  
und für Verbraucherschutz  
Referat I B 2/I B 3  
Mohrenstr. 37  
10117 Berlin  
Per Email

**Stellungnahme des Deutschen Ferienhausverband e.V. (DFV) zum Entwurf eines Dritten Gesetzes zur Änderung reiserechtlicher Vorschriften**

Wir bedanken uns herzlich für die Gelegenheit, zu o.g. Gesetzentwurf eine Stellungnahme abzugeben.

Im Folgenden möchten wir uns auf den für den DFV im besonderen Maße relevanten Vorschlag zum **§ 651u BGB-RE** konzentrieren.

Dieser sieht vor, dass das Pauschalreiserecht auch auf einzelne Reiseleistungen anwendbar ist. Dies kritisieren wir und plädieren für eine ersatzlose Streichung.

Wendet man das Pauschalreiserecht unter bestimmten Bedingungen auch auf Einzelleistungen an - nämlich dann, wenn der Rahmen und die Grundzüge der Urlaubsreise durch die Buchung der Leistung vorgegeben sind -, gelten auch Vermittler von Ferienunterkünften wie Ferienwohnungen zukünftig als Veranstalter und unterlägen den damit verbundenen weitreichenden Pflichten.

Zwar ist es nachvollziehbar, dass das BMJV im Rahmen des vorliegenden Gesetzes die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes in eine nationale Regelung fassen möchte. Allerdings würden deutsche Anbieter im Vergleich zu ihren europäischen Mitbewerbern deutlich schlechter gestellt, weil die dortige Rechtsprechung eine solche Ausweitung des Anwendungsbereiches auf Einzelleistungen nicht vollzogen hat. Der Aufwand, der auf die Anbieter zukäme, wäre immens; der Standort Deutschland unterläge einem erheblichen Wettbewerbsnachteil durch diese Ausweitung der nationalen Regelung.

Zwar gewährt die Richtlinie den Mitgliedstaaten den Spielraum, diese auf Bereiche auszuweiten, die nicht in deren Anwendungsbereich fallen. Allerdings widerspricht die vorgeschlagene deutsche Regelung dem Ansatz der Richtlinie eine harmonisierte Lösung zu finden und konterkariert die gewünschte Vereinheitlichung des Schutzes für Verbraucher, indem die nationale Regelung erheblich über den von der Richtlinie gesetzten Rahmen

Deutscher Ferienhausverband e.V.  
Michelle Schwefel  
Leiterin der Geschäftsstelle  
Schillstr. 9  
10785 Berlin  
m.schwefel@deutscher-ferienhausverband.de

hinaus geht. Die vom BMJV vorgeschlagene Regelung geht damit aus unserer Sicht nicht mit dem Grundsatz konform, eine 1:1-Umsetzung vorzunehmen.

Die Unterscheidung zwischen Pauschalreise, verbundener Reiseleistungen und einzeln vermittelten Reiseleistungen ist zudem ohnehin bereits komplex und wird in der Praxis zu vielen Fragen führen. Es erscheint deshalb folgerichtiger, den Grundsatz, dass Einzelleistungen in der Regel nicht in den Anwendungsbereich fallen, aufrechtzuerhalten.

In der Begründung wird außerdem angegeben, dass ein Vermittler einzelner Reiseleistungen die Verpflichtung zur Insolvenzsicherung vermeiden kann, indem er selbst keine Zahlungen entgegennimmt sondern diese direkt an den eigentlichen Anbieter fließen. Ob dies verbraucherfreundlich ist, ist fraglich. Es ist für den Kunden nicht nur bequemer, sondern häufig auch sicherer, wenn sie ihre Zahlungen an das Vermittlungsportal leisten, statt an den Anbieter. Einige der unserem Verband angeschlossenen Unternehmen bieten darüber hinaus auch eine freiwillige zusätzliche Absicherung der Kunden an, wenn die Zahlung direkt an den Vermittler erfolgt. Dies wäre nach Inkrafttreten des Gesetzes nicht länger möglich, sofern diese auch weiterhin als Vermittler und nicht als Veranstalter agieren wollen.

Statt Einzelleistungen also regelmäßig unter bestimmten Umständen dem Pauschalreise-recht zu unterwerfen, erscheint es aus unserer Sicht sinnvoller, Unternehmen die Option einzuräumen, Kunden auf freiwilliger Basis anzubieten, auch für Einzelleistungen den Schutz eines Pauschalreisevertrags zu gewähren.

#### **Über den Deutschen Ferienhausverband e. V.**

Der Deutsche Ferienhausverband mit Sitz in Berlin wurde im Dezember 2013 gegründet und ist mit 16 Mitgliedern Deutschlands größter Branchenverband im Ferienhaussegment. Ziel des Verbandes ist es, die Interessen der Ferienimmobilienbranche gegenüber Wirtschaft und Politik zu vertreten und Urlaubern durch die Entwicklung einheitlicher Qualitätsstandards Hilfestellung bei der Online-Buchung von Feriendomizilen an die Hand zu geben